

Hilfe für ein Dach über dem Kopf



Christliche Familien aus Sharanish flohen aus Angst vor neuen Bomben aus ihrem Dorf in die Stadt. ICO-Koordinator Daniel Zuhair verteilt an die Menschen Miethilfe, damit sie sich das Dach über dem Kopf leisten können. Foto: RB/ICO

Beistand für ausgebombte christliche Familien im Nordirak. Die Initiative Christlicher Orient (kurz ICO) hilft den Menschen: durch die Übernahme der Mietkosten und mit Lebensmittelpaketen.

Nordirak. Sharanish liegt im Bezirk Zakho im irakischen Kurdistan, nahe der Grenze zur Südosttürkei. Das Dorf ist die Heimat von christlichen Familien, die zur chaldäischen sowie zur assyrischen Kirche des Ostens gehören. Früher war der Ort eine beliebte Urlaubsdestination im Irak. Kurdische Aufstände und Konflikte mit der Zentralregierung führten dazu, dass die Menschen in den 1960er und 1970er Jahren nach Bagdad flohen. Später zerstörte die irakische Armee das Dorf. Nach dem Sturz Saddam Husseins kehrten viele wieder in ihre Heimat zurück.

Heute ist die Lage in Sharanish erneut sehr prekär. Von 80 Häusern sind nur noch 18 bewohnt. „Am 29. März bombardierte die türkische Luftwaffe das Dorf. Sie vermuteten die PKK (verbotene kurdische Arbeiterpartei) in der Gegend. Es gab zwar keine Opfer, aber die verbliebenen Familien

flohen in der Folge aus Angst aus dem Ort und leben seither als völlig entwurzelte Binnenvertriebene in teuer gemieteten Wohnungen in der Stadt Zakho“, berichtet Stefan Maier, Projektkoordinator von ICO.

Ort wird zum Kollateralschaden

Eine Delegation von Förderern des Hilfswerks ICO besuchte im Frühjahr die Region. Sie trafen mit den aus Sharanish geflohenen Familien zusammen und erfuhren aus erster Hand wie schwierig der Neuanfang für sie ist. Eine Rückkehr in ihren Heimatort ist kaum möglich. Aufgrund der ungünstigen geografischen Lage sitzen die Menschen zwischen allen Stühlen. Das christliche Bergdorf an der Grenze war schon mehrmals Angriffen ausgesetzt. Verbucht wird das dann als „Kollateralschaden“. Eigentliches Ziel sind die Kämpfer der PKK.

Dank der Spenden aus der Reisegruppe kann das Hilfswerk ICO den vertriebenen Menschen unter die Arme greifen. Daniel Zuhair, der lokale Projektkoordinator von ICO, verteilte als Nothilfe Lebensmittelpakete und je 400 US-Dollar unter den ausgebombten Familien von Sharanish, das entspricht in etwa den Mietkosten für zwei Monate. ibu

US-BISCHÖFE FORDERN

Strenges Waffengesetz



Washington. Nach dem Massaker in einem Einkaufszentrum an der Grenze zu Mexiko haben die katholischen Bischöfe der USA strengere Waffengesetze gefordert. Es habe erneut einen „schrecklichen, sinnlosen und unmenschlichen“ Angriff eines Todesschützen gegeben, heißt es in

einer Stellungnahme des US-Bischofskonferenz-Vorsitzenden Kardinal Daniel DiNardo und des Ausschussvorsitzenden für soziale Gerechtigkeit, Bischof Frank Dewane. Die Diözesen von El Paso, Las Cruces und New Mexico riefen zum Gebet für die Opfer auf. Die Bischöfe nahmen die Bluttat zum Anlass, die Politik abermals zum Handeln aufzurufen: „Die Dinge müssen sich ändern.“ Die Geistlichen warnen: „Die Geißel der Waffengewalt breitet sich unkontrolliert auf das ganze Land aus.“ Immer wieder erschüttern Amokläufe die USA. Ebenfalls vergangenes Wochenende schlug ein weiterer Schütze nahe einer Bar in Dayton im Bundesstaat Ohio zu und tötete neun Menschen. kap

KURZ GEMELDET

Nur eine Krise von vielen



Lager für Binnenflüchtlinge. Ebola ist hier „nur“ eine der vielen Sorgen. Foto: RB/P. Garrigos/MSF

Goma. Vor einem Jahr brach die Ebola-Epidemie in der Dem. Republik Kongo aus. Die Situation ist weiterhin nicht unter Kontrolle – die Krankheit greift auf die Millionenstadt Goma, Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu, über. „Doch Ebola ist nur eine Krise von vielen“, berichtet „Ärzte ohne Grenzen“. Der Bedarf an humanitärer Hilfe im Land sei riesengroß.

Jede zweite Woche jüdischer Friedhof geschändet

Berlin. In Deutschland ist laut „Tagesspiegel“ im vergangenen Jahr im Schnitt mindestens jede zweite Woche ein jüdischer Friedhof geschändet worden. Die Polizei erfasste 27 antisemitisch motivierte Angriffe. Vielen nicht-jüdischen Bürgern sei dies vermutlich gar nicht bewusst. „Deutschland darf sich nicht an diese Situation als Normalzustand gewöhnen“, betont der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster.